

ziehen. Zum Nachdenken sollte dieser Fall aber auch gerade jene anregen, die noch immer mit einer „Neutralität“ à la Liebenow liebäugeln.

Quelle: „Schweriner Volkszeitung“ vom 15. 9. 1961.

## DOKUMENT 214

### „Der Biedermann entlarvt“

In unserem Staat hat sich Kurt Hopfe aus Kerspleben, Kreis Erfurt, so viel Geld verdienen können, daß er zwei Grundstücke kaufen sowie eine Hühnerfarm und eine Obstplantage einrichten konnte. Ihm hatte also der Arbeiter- und Bauern-Staat viel gegeben, und man hätte erwarten müssen, daß er ihm die Treue hält. Hopfe aber gab sich „politisch uninteressiert“ und wollte dem Strafsenat beim Bezirksgericht Erfurt — bei dem er jetzt gelandet war — weismachen, daß er ein ganz harmloser Geselle sei. Seine Taten beweisen das Gegenteil. Eifrig lauschte er nämlich den Hetztiraden der westdeutschen Lügensender, und im Gasthaus in Kerspleben entpuppte er sich dann als politischer Schreihals, der an unserem Arbeiter- und Bauern-Staat keinen guten Faden ließ.

Er ermunterte sogar, Erklärungen zum Austritt aus der LPG abzugeben. Unsere Sicherheitsorgane haben ihm aber den Mantel des unpolitischen Biedermannes ausgezogen. Für seine infame Hetze erhielt er die Quittung. Zwei Jahre und acht Monate hat er Zeit, sich nach der richtigen Richtung zu orientieren.

Dorfkorrespondent Herbert Lang

Quelle: „Deutsche Bauernzeitung“ vom 6. 10. 1961.

### Kesseltreiben gegen einen früheren Grenzgänger

*Die folgenden Auszüge aus der in Ost-Berlin erscheinenden „Berliner Zeitung“ sind ein typisches Beispiel für eine von der SED betriebene Hetzkampagne gegen einen „Feind der sozialistischen Ordnung“.*

*Der Schneider Wilhelm Haluschok hatte schon seit vielen Jahren in West-Berlin gearbeitet. Als dies nach den Absperrungsmaßnahmen in Berlin nicht mehr möglich war, war er nicht ohne weiteres bereit, auf seinen Arbeitsplatz in West-Berlin zu verzichten und sich als Schwerbeschädigter (H. ist Beinamputierter) eine schlecht bezahlte, schwere körperliche Arbeit zuweisen zu lassen, wie es nach dem 13. 8. 1961 die Praxis der sowjetzonalen Behörden gegenüber den bis zu diesem Zeitpunkt in West-Berlin arbeitenden Grenzgängern war.*

*Die Hetzkampagne beginnt mit einem Artikel in der „Berliner Zeitung“, in der Haluschok scharf angegriffen wird. Programmgemäß empören sich darüber einige Bürger von Altglienicke, wo Haluschok wohnt. Es folgen die üblichen „Leserbriefe“, in denen die Behörden auf gefordert werden, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Daraufhin wird „spontan“ eine Einwohnerversammlung einberufen, in der Haluschok von bestellten Sprechern „fertiggemacht“ wird.*

*Da Haluschok von der einzigen Chance, sich zu retten, nämlich „Selbstkritik“ zu üben, keinen Gebrauch macht, ist die weitere Entwicklung des Falles zwangsläufig: Wenige Tage nach der Verhaftung findet im Hause der Eheleute Haluschok eine Durchsuchung durch die Volkspolizei statt, ohne daß dafür ein besonderer Anlaß oder*

*gar ein gesetzlicher Grund vorliegt. Natürlich findet man „faschistische Literatur“ und damit den Vorwand, um gleich beide Eheleute zu inhaftieren. Nach mehr als 2 Monaten Untersuchungshaft endet die Sache mit der Verurteilung Haluschoks zu 3 Jahren Zuchthaus und der Ehefrau zu 1 Jahr Gefängnis. Als „Faschisten“ werden beide Eheleute außerdem aus Ost-Berlin und damit aus ihrem eigenen Hause ausgewiesen.*

## DOKUMENT 215

### „Augustitis — eine gefährliche Seuche“

Grenzgänger a. D. Haluschok bleibt krank  
Sein Sender: RIAS

Am Stadtrand, in der Rosestr. 52 in Altglienicke, nennen Herr und Frau Haluschok ein kleines Einfamilienhaus ihr eigen. Zwei Zimmer haben sie vermietet, kassieren dafür eine ordentliche Miete und leben auch sonst ganz fidel. Der „Kies“ stimmte immer — bis zum 13. August. Für den Ernährer der Familie, Wilhelm Haluschok. In der Hauptstadt wohnt er, aber seine Arbeitskraft verkaufte er an den Westberliner Schneidermeister W., Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 68, für blanke Westmärke. Dafür durfte er ordentliche Maßanzüge nähen, Hosen flicken und abends auch die Schneiderstube auskehren. Wenn es nach den Wünschen dieses Herrn Haluschok gegangen wäre, hätte dieser Zustand bis an sein seliges Ende dauern können. Es dauerte aber nicht, es kam anders. Am 13. August fuhr keine S-Bahn mehr nach Charlottenburg und er hatte Zeit, einige Tage über sein frevelhaftes Verhalten nachzudenken. Dann war sein Buchstabe zur Registrierung dran. Er kam, wenn auch verspätet — knallte seinen Personalausweis auf den Tisch und zischte: „Hier arbeite ich nicht! Ich bin krank. Mein Arzt wohnt in Westberlin. Ich will einen Passierschein.“ Auf den höflichen Hinweis, daß es in der Hauptstadt gute Ärzte gäbe, erwiderte er: „Die Ärzte der DDR sind alle Pfuscher. Übrigens ist die DDR nicht mein Staat“.

Aber die Kollegen der Registrierstelle zeigten auch fortan viel Geduld mit diesem Gesellen. Jedoch bis heute ohne Erfolg. Erst dieser Tage klingelte man wieder an der Pforte des an „Augustitis“ Erkrankten. Aber nur seine Frau erschien und wehrte entschieden ab: „Mein Mann ist schwer krank und liegt zu Bett.“ Als eine Stunde später abermals geklingelt wurde, muß es im Hause ein Mißverständnis gegeben haben, denn der Schwerkranke erschien mit eben zur Rasur eingeseiftem Gesicht an der Tür. „Arbeiten? Wo denken Sie hin! Der sogenannte Vertrauensarzt hier im Osten hat mich zwar sofort gesund geschrieben, aber ein solcher Arzt genießt mein Vertrauen nicht.“ Basta!

Der ehemalige NSDAP-Mann Wilhelm Haluschok ist frech, dreist, unverfroren. Er hat seine Meinung aus dem Jahre 1957 noch immer nicht geändert, als er während einer Vernehmung durch die Genossen des AZKW — man hatte ihn am 23. 10. 57 bei einer Währungsspekulation ertappt — zynisch erklärte: „Ich unterstütze nicht die DDR. Mein Sender ist der RIAS“. Skrupelloser und provokatorischer geht es wirklich nicht mehr. Bis heute arbeitet Haluschok nicht, lebt vom erschwindelten Geld und genießt alle Annehmlichkeiten unseres Staates. Kein Wunder, daß die ehrlich arbeitenden Bürger in seiner Gegend empört über so viel Gemeinheit sind. Sie verstehen einfach nicht, wie man dem schändlichen Treiben dieses Haluschok so lange untätig zusieht.

Quelle: „Berliner Zeitung“ vom 14. 10. 1961.